

Simon Pöllitsch

14.07.2017

Simon Pöllitsch nimmt zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Stellungnahme im Begutachtungsverfahren zum Ministerialentwurf des Innenministeriums, mit dem das Sicherheitspolizeigesetzes, das Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002, die Straßenverkehrsordnung 1960 und das Telekommunikationsgesetzes 2003 geändert werden (326/ME)

Netzsperrern

Ich bin gegen eine Einführung von Netzsperrern.

Diese Art der Zensur ist ein unverhältnismäßiges Mittel mit enormen Missbrauchspotential. Die Entscheidung, auf welche Inhalte zugegriffen werden kann oder ob mein Datenverkehr manipuliert wird, darf nicht ein Internetprovider treffen. Darüber hinaus ist das Sperren von Inhalten kein geeignetes Mittel, um Probleme mit Pornographie, gewaltverherrlichenden Darstellungen oder strafrechtlich relevanten Urheberrechtsverletzungen im Internet zu lösen. Versierte Nutzer und Personen die darauf abzielen, können die Sperre ohnehin umgehen.

Vorratsdatenspeicherung für Videoüberwachung

Ich bin gegen die Vernetzung von Videoüberwachung und gegen die Vorratsdatenspeicherung von Videoüberwachung.

Ich bezweifle sehr stark, dass Videoüberwachung ein geeignetes Mittel ist, um Terroranschläge zu verhindern. Dieses Mittel birgt vor allem

Missbrauchspotential. Ich bezweifle nicht dass es bei der Aufklärung von Verbrechen dienlich wäre, aber um welchen Preis?

Autobahnüberwachung

Ich bin gegen die Videoüberwachung im Straßenverkehr und die Erfassung und Verarbeitung des Lenkers, des Kennzeichens, der Marke, des Typs und der Farbe des Fahrzeuges durch Sicherheitsbehörden. Ich möchte nicht in Richtung totale Überwachung gehen.

Abschaffung von anonymen SIM-Karten

Ich bin gegen die verpflichtende Registrierung der Käufer von Prepaid-Wertkarten.

Ich bin für das Recht auf anonyme Kommunikation und bezweifle dass ein Verbot Kriminelle stark behindert.

Abschließend bringe ich meine Meinung zum Ausdruck, dass ein derart großes Eingreifen in den Datenschutz von privaten Personen durch den Staat, sehr sorgfältig von geeigneten Personengruppen diverser Interessenvertretungen geprüft werden sollte.

Mfg, Simon Pöllitsch